

Die Reihen schließen sich

Mangelnder Widerspruch zu Rüstungsplänen. Militarismus als neue Normalität in deutschen Medien. **Von Jakob Reimann**

Als Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seiner Rede am 27. Februar die Ära des neuen deutschen Militarismus einläutete, gab es im Parlament Standing Ovationen. In der deutschsprachigen Medienlandschaft wurde Scholz' »Zeitenwende« zwar weniger frenetisch aufgenommen, doch fehlt es bis auf wenige Ausnahmen an substantiellem Widerspruch zum angekündigten Rüstungsirrsinn der Ampelkoalition. Es wird über die inhaltliche Ausgestaltung des 100 Milliarden Euro umfassenden »Sondervermögens Bundeswehr« oder über die Zweiprozentvorgabe der NATO diskutiert, doch die von Scholz vorgegebene Grundrichtung wird nicht in Frage gestellt.

In einem Video für die SZ erklärt die Journalistin Laura Terberl die Notwendigkeit des Sondervermögens mit dem hohen Alter etwa der »Tornado«-Kampffljets der Bundeswehr und rechtfertigt es mit der »Invasion der russischen Armee in der Ukraine«, ohne zu erklären, wie eine hochgerüstete Armee diese Invasion hätte verhindern sollen. Das Erklärvideo ist kein Journalismus, sondern wirkt wie ein Werbevideo der Rüstungsindustrie. Das Statistische Bundesamt meldete am 9. März wie auf Zuruf neue Zahlen, nach denen seit 1991 der Verteidigungshaushalt gerade einmal um ein Drittel gestiegen sei. Doch die Behörde rechnet dabei Haushaltsposten in Milliardenhöhe heraus. Tatsächlich wurden die Verteidigungsausgaben seit 2000 knapp verdoppelt. Die entsprechende Meldung vom Statistischen Bundesamt wurde von großen Medien unhinterfragt verbreitet; die konstruierte Botschaft schwingt mit: Die Rüstungsausgaben müssen steigen, schnell.

Aufgerüstet wird auch von »links«. Am 8. März forderte Jeja Klein in einem Kommentar des *ND* unverhohlen, dass Linke ihre kategorische Ablehnung des Militärs aufgeben sollten. Sie fühlen sich in ihrer »Boykothaltung« viel-



Das Narrativ, Privatpersonen sollten »frieren für den Frieden«, wird medial weit verbreitet (Kundgebung gegen den Ukraine-Krieg in Erfurt, 5.3.2022)

leicht »moralisch überlegen«, doch tiefere Antimilitarismus keine Antworten auf die Konflikte unserer Zeit. Da die Bundeswehr »auch an unseren Witzen und Klagen vorbei aufgerüstet« werde, so Klein, sollten Linke sich »diskursiv einbringen«, um auf diese Hochrüstung »wenigstens noch etwas Einfluss« zu nehmen. Doch Linke verfügten über eine »habituelle Kontaktscheue« zur Truppe, schließlich passe »das Schmutzige der Bundeswehr, das Männliche« nicht zur linken »Klassenperformance« – als sei der Kern linker Kritik an der Bundeswehr, dass sie »schmutzig« ist.

Der Krieg in der Ukraine muss in deutschen Talkshows auch für andere abstruse Argumentationen herhalten. So erklärte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) bei »Maybrit Illner« im *ZDF* auf

die Frage, ob Kohle nun länger verheizt werden wird: »Ja, das ist der Preis, den auch wir zahlen für diesen Krieg von Herrn Putin«, denn ein späterer Kohleausstieg sei »nichts dagegen, was in der Ukraine gerade passiert«. Wie beides kausal zusammenhängt, lässt die Grünen-Politikerin offen. Parteikollege Robert Habeck sieht die Lösung für Jahrzehnte – in Hinblick auf den Ausbau der Erneuerbaren – katastrophaler Energiepolitik, aus der die Abhängigkeit von russischen Exporten erst resultiert, bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern: »Wenn man Putin ein bisschen schaden will, dann spart man Energie«, zitierte *tagesschau.de* den Bundeswirtschaftsminister. Und Expräsident Joachim Gauck ertotete für seine Aussage am 9. März bei »Maischberger« in der *ARD*: »Wir können auch einmal frieren

für die Freiheit« in den sozialen Medien Hohn und Spott. Das Narrativ, Privatpersonen sollten das Scheitern ihrer Regierungen kompensieren, indem sie »frieren«, wird medial weit verbreitet; der *Hessische Rundfunk* sammelt beispielsweise O-Töne von Personen, die sich bereit erklären, »für den Frieden zu frieren«.

Gauk lobte bei »Maischberger« die Bevölkerung für ihre Verteidigungsbereitschaft, die er ausgemacht haben will, er freue sich »natürlich über ein Land, das plötzlich aufwacht«. Bevölkerung und Regierung, so wird das Bild vermittelt, zögen in Sachen Konfrontation nun an einem Strang. Mit kräftigem Zutun der Medien wird der neue deutsche Militarismus auf allen Kanälen und von allen Flanken her kommand als neue Normalität etabliert.

Presserat spricht mehr Rügen aus

Berlin. Der Deutsche Presserat hat 2021 wieder häufiger die Rüge als seine schärfste Sanktion gegen deutsche Medienhäuser ausgesprochen. 60 Rügen waren es im vergangenen Jahr, 2020 waren es noch 53 gewesen, wie die freiwillige Selbstkontrolle der Presse am Mittwoch in Berlin mitteilte. Hinzu kamen 83 Missbilligungen und 97 Hinweise, die schwächere Sanktionen sind. Eine öffentliche Rüge bedeutet, dass das entsprechende Medium diese transparent für die Leser veröffentlichen muss. Immer wieder hatte es in der Vergangenheit Kritik gegeben, wenn Presseschäuser dieser Vorgabe nicht gefolgt waren. Bis Ende Februar hatten Medienhäuser rund 80 Prozent der 2021 ausgesprochenen Rügen publik gemacht, wie es weiter im Jahresbericht des Presserats hieß.

(dpa/iW)

Berlusconi erhöht Anteil an Pro sieben-Sat.1

Mailand. Der Medienkonzern von Silvio Berlusconi hat seine Beteiligung an Pro sieben-Sat.1 auf mehr als ein Viertel der Aktien aufgestockt. Der italienische Hauptanteilseigner Media for Europe, bis zum Herbst 2021 noch unter dem Namen Media-set bekannt, teilte am Montag mit, »direkt und indirekt die Schwelle von 25 Prozent der Stimmrechte an der Pro sieben-Sat.1 Media SE durch Zukäufe von Anteilen auf dem Markt überschritten zu haben«. Der Konzern des früheren italienischen Ministerpräsidenten hatte zuletzt bereits mitgeteilt, eine langfristige Strategie zu verfolgen und weitere Stimmrechte an dem deutschen Medienunternehmen haben zu wollen.

(dpa/iW)

Wieder Journalist in Mexiko getötet

Zitácuaro. Zum bereits achten Mal in diesem Jahr ist in Mexiko ein Journalist getötet worden. Der Chef des lokalen Nachrichtenportals *Monitor Michoacán*, Armando Linares, kam am Dienstag unter bislang unklaren Umständen in einer Wohnung in der Stadt Zitácuaro ums Leben, wie die Generalstaatsanwaltschaft des westmexikanischen Bundesstaates Michoacán auf Twitter mitteilte. Sein Körper wies Schussverletzungen auf. Auf der Facebook-Seite von *Monitor Michoacán* hieß es, Linares sei zu Hause angegriffen worden. Erst am 31. Januar war ebenfalls in Zitácuaro – etwa 150 Kilometer westlich von Mexiko-Stadt – ein anderer Journalist des Onlineportals, Roberto Toledo, erschossen worden. In einem Video sagte Linares damals, seine Mitarbeiter erhielten schon seit Monaten Drohungen. Toledo sei wegen Enthüllungen von *Monitor Michoacán* über Korruption in der Politik ermordet worden.

(dpa/iW)

Spielball der Hedgefonds

USA: Spekulanten kaufen Presstitel auf. Hälfte aller Tageszeitungen in den Händen von Finanzfirmen

Was es für Folgen hat, wenn ein Großteil der Zeitungen eines Landes in der Hand eines Dutzends großer Medienkonzerne ist, zeigt gerade aufs neue das Einerlei der Berichterstattung zum Ukraine-Krieg. Von Pluralität oder Objektivität kann da keine Rede sein. Dabei lassen sich die Zustände auf dem hiesigen Pressemarkt noch als fast paradiesisch bezeichnen – jedenfalls im Vergleich zu aktuellen Entwicklungen in den USA. Wie in anderen Bereichen ist die Führungsmacht der kapitalistischen Welt auch hier schon einen Schritt weiter und erlaubt einen Blick auf das, was der BRD wünschenswert bevorsteht. Unter der Überschrift »Fetter Blutsauger« schilderte die *FAZ* am 11. Januar, wie Zeitungsverlage in den Vereinigten Staaten zum Spielball von Hedgefonds geworden sind.

Konkret geht es um die Aktivitäten von Alden Global Capital, einem in New York ansässigen Hedgefonds, der seit der Rezession von 2009 aggressiv Lokalzeitungen aufkauft. Im Jahr 2010 habe sich der »Investor« mit der

Akquise der Media News Group, zu der angesehene Blätter wie der *Boston Herald* und die *Denver Post* zählen, auf dem Markt positioniert, schreibt die *FAZ*. Mittlerweile sei Alden mit mehr als 200 Blättern nach dem Medienkonzern Gannett der zweitgrößte Zeitungsverlag der USA.

Problematisch daran: Dem Hedgefonds geht es natürlich nicht um Journalismus, sondern um größtmöglichen Profit. Dafür wird die Belegschaft reduziert, werden Zeitungsgebäude verkauft, die Redaktionen an billigere Standorte verlegt und die Abopreise erhöht. »Unter diesen Vorzeichen operieren die Zeitungen zwar profitabel, sind aber nur noch ein Schatten ihres journalistischen Selbst«, so die *FAZ*. In den »verschlankten« Redaktionen sei anspruchsvoller Journalismus schlicht nicht mehr möglich.

Weil Alden für diese Praktiken bekannt ist, gingen in Chicago im Frühjahr 2021 die Mitarbeiter der *Chicago Tribune* auf die Straße, als der Fonds sich anschickte, die Tribune Company zu übernehmen, zu der neben der

Tribune auch noch die *Baltimore Sun* gehört. Im Mai 2021 schluckte das Unternehmen den Protesten zum Trotz die Gruppe. Seine Geringerschätzung für die Mitarbeiter und den Journalismus insgesamt machte der Mitgründer und Präsident von Alden, Heath Freeman, anschließend deutlich. Er schickte nicht einmal Abgesandte nach Chicago, um sich der Belegschaft vorzustellen. Statt dessen reduzierte man die Redaktion um ein Viertel.

Zu denen, die gehen mussten, gehörten auch Journalisten, die sich verdient gemacht hatten, wie die Zeitschrift *The Atlantic* berichtete. So ein Redakteur, der eine unabhängige Liste von Mordopfern in Chicago führte, und die Kolumnistin und Pulitzer-Preisträgerin Mary Schmich, die für die *Tribune* über soziale Netzwerke in als »Kriminalitätsschwerpunkte« verschrienen Siedlungen geschrieben hatte.

Freeman hatte Alden Global Capital vor 15 Jahren gemeinsam mit Randall D. Smith gegründet. Smith ist laut *FAZ* »ein Pionier des sogenannten »Aasgeier-Kapitalismus«, der darin besteht,

Firmen aufzukaufen und zu zerlegen«. Das Unternehmen wurde von US-Medien bereits als »biblische Heuschreckenplage« und »Sensenmann amerikanischer Zeitungen« bezeichnet. Diesen Ruf hat sich Alden mit Aktionen wie in Oakland verdient. Dort entließ der Fonds 2017, wenige Tage, nachdem die *East Bay Times* für ihre Berichterstattung über die Hintergründe eines Feuers in einer Lagerhalle mit 36 Todesopfern einen Pulitzer-Preis erhalten hatte, 20 Mitarbeiter.

2019 scheiterte Aldens Versuch, mit der Gannett Company die größte US-Zeitungsgruppe zu übernehmen. Im November 2021 folgte der Versuch, Lee Enterprises zu erwerben, der einzige weitere große Verleger von Lokalzeitungen, der neben Gannett noch auf dem Markt ist. Die Hoffnung, dass sich Gannett und Lee auf lange Sicht gegen eine Alden-Übernahme wehren könnten, ist schwach. Der *Financial Times* zufolge befindet sich die Hälfte aller US-Tageszeitungen inzwischen in den Händen von Finanzfirmen.

Kristian Stemmler